

## **HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH, Hamburg**

### **Wichtige Mitteilung an unsere Anleger**

#### **Änderung der Besonderen Anlagebedingungen für das Sondervermögen „Aramea Rendite Plus Nachhaltig“ (ISIN: DE000A2DTL86, DE000A2DTL78, DE000A3E3Y79)**

Die HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH ändert die Besonderen Anlagebedingungen (BAB) für das o. g. Sondervermögen.

- Das „OGAW-Sondervermögen“ kann künftig im Dokument abgekürzt werden als „Sondervermögen“. Die Abkürzung „AABen“ für „Allgemeine Anlagebedingungen“ lautet künftig „AAB“.
- In § 3 Nr. 2 wird die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien im Rahmen der Investition gestrichen. Sämtliche ESG-Anlagegrenzen werden jetzt in § 3 Nr. 4 bis 7 des Sondervermögens dargestellt.
- In §§ 4 Nr. 1, 5 Nr. 2 und 3 wird die Auflage einer SBA Anteilsklasse neu geregelt. Es wird dazu hier die Auflagemöglichkeit und die Voraussetzungen dargestellt.
- In § 7 werden Streichungen („jährliche“, „je Anteilklasse“ und „für jede Anteilklasse“) vorgenommen. Ferner wird aus Inventarwerten künftig Nettoinventarwerten, ohne dass sich Änderungen an Vergütungshöhe oder Berechnungsmethodik ergeben.
- § 7 Nr. 2 c) wird darüberhinausgehend sprachlich präzisiert, da durch Dritte lediglich die Informationsbeschaffung für die Bewertung, nicht aber die Bewertung selbst vorgenommen wird.
- § 7 Nr. 2 d) enthält eine Kostenbelastung für gesetzlich vorgeschriebene Repräsentanten und steuerliche Vertreter in Höhe von bis zu 0,1 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes.
- Entsprechend wird der zulässige Höchstbetrag in § 7 Nr. 4 auf insgesamt 1,8 % angepasst.
- Die wesentlichen Anlegerinformationen in § 7 Nr. 5 b) werden nunmehr durch das Basisinformationsblatt (PRIIPS) ersetzt.
- Die Belastung von Kosten betreffend eines dauerhaften Datenträgers nach § 7 Nr. 5 d) ist künftig möglich, wenn es sich um einen vertraglich oder gesetzlich vorgesehenen dauerhaften Datenträger handelt.
- Die Belastung von Transaktionskosten wird zukünftig statt wie bisher in § 7 Nr. 6 in § 7 Nr. 5 n) geregelt. Die nachfolgende Nummerierung verschiebt sich entsprechend.
- Der bisherige § 7 Nr. 5 n) wird ersetzt durch den § 7 Nr. 5 o), nach welchem zukünftig nur noch Steuern dem Sondervermögen belastet werden dürfen, die im Zusammenhang mit den in § 8 Nr. 5 a) bis n) geregelten Aufwendungen anfallen.
- In der nunmehr freigeordneten § 7 Nr. 6 wird die bisherige Darstellung der möglichen performanceabhängigen Vergütung (alter § 8 Nr. 7) dargestellt.
- In § 7 Nr. 6 a) entfällt aus redaktionellen Gründen das Wort „insgesamt“.
- In § 7 Nr. 6 b) wird klarstellend ergänzt, dass die Auszahlung der erfolgsabhängigen Vergütung jeweils nach Ende der Abrechnungsperiode erfolgt.
- In § 7 Nr. 6 c) wird der Link zur Website des BVI präzisiert.

Die Änderungen der Anlagebedingungen wurden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigt und treten mit Wirkung zum 21.05.2025 in Kraft.

Bitte finden Sie die BAB nachstehend vollständig abgedruckt.

Sollten Sie weitere Fragen bezüglich der Änderungen der Anlagebedingungen haben, beantworten wir Ihnen diese auch gerne persönlich: Unsere Mitarbeiter im Kundenservice-Center sind montags bis freitags zwischen 8.00 und 18.00 Uhr für Sie da. Sie erreichen sie via

E-Mail: [info@hansainvest.de](mailto:info@hansainvest.de).

Hamburg, den 16.04.2025  
Die Geschäftsleitung

## **Besondere Anlagebedingungen („BAB“)**

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Anlegern und der HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH, Hamburg, (nachstehend „Gesellschaft“ genannt) für das von der Gesellschaft verwaltete Sondervermögen gemäß der OGAW-Richtlinie **Aramea Rendite Plus Nachhaltig** die nur in Verbindung mit den für dieses OGAW-Sondervermögen (nachfolgend „Sondervermögen“) von der Gesellschaft aufgestellten „Allgemeinen Anlagebedingungen“ („AAB“) gelten.

## **ANLAGEGRUNDSÄTZE UND ANLAGEGRENZEN**

### **§ 1 Vermögensgegenstände**

Die Gesellschaft darf für das OGAW-Sondervermögen folgende Vermögensgegenstände erwerben:

1. Wertpapiere gemäß § 5 der AAB, die keine Aktien und Aktien gleichwertige Wertpapiere sind,
2. Geldmarktinstrumente gemäß § 6 der AAB,
3. Bankguthaben gemäß § 7 der AAB,
4. Derivate gemäß § 9 der AAB,
5. Sonstige Anlageinstrumente gemäß § 10 der AAB.

### **§ 2 Nicht zulässige Vermögensgegenstände**

Die Gesellschaft darf für das OGAW-Sondervermögen folgende Vermögensgegenstände nicht erwerben:

1. Aktien und Aktien gleichwertige Wertpapiere gemäß § 5 der AAB,
2. Investmentanteile gemäß § 8 der AAB.

### **§ 3 Anlagegrenzen**

1. Die Gesellschaft muss mindestens 51 % des Wertes des OGAW-Sondervermögens in Wertpapiere gemäß § 1 Nr. 1 anlegen. Die in Pension genommenen Wertpapiere sind auf die Anlagegrenzen des § 206 Absatz 1 bis 3 KAGB anzurechnen.

2. Die Gesellschaft darf bis zu 49 % des Wertes des OGAW-Sondervermögens in Geldmarktinstrumenten gemäß § 1 Nr. 2 anlegen. Die in Pension genommenen Geldmarktinstrumente sind auf die Anlagegrenzen des § 206 Absatz 1 bis 3 KAGB anzurechnen.
3. Bis zu 49 % des OGAW-Sondervermögens dürfen in Bankguthaben nach Maßgabe des § 1 Nr. 3 gehalten werden.
4. Für das Sondervermögen werden keine Vermögensgegenstände erworben, deren Emittenten oder Basiswerte gegen die Ausschlüsse im Zusammenhang mit Paris-abgestimmten EU-Referenzwerten (sog. Paris aligned Benchmark „PAB“) im Sinne von Art. 12 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2020/1818 in der jeweils aktuell gültigen Fassung verstoßen.
5. Mindestens 80 % des Wertes des Sondervermögens müssen in Vermögensgegenstände gemäß § 1 Nr. 1, 2 und 5 investiert werden, die unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien ausgewählt werden und von einem durch die Gesellschaft anerkannten Anbieter für Nachhaltigkeits-Research unter ökologischen und sozialen Kriterien positiv bewertet worden sind. Als positiv bewertet gelten die Vermögensgegenstände in Bezug auf Unternehmen, die ein Mindest-ESG-Rating von Prime-1 des Datenanbieters Institutional Shareholder Services Inc. („ISS“) aufweisen.

Des Weiteren investiert der Fonds sein Fondsvermögen gemäß den Empfehlungen folgender Rahmenwerke gemäß aktuell gültiger Fassungen (Stand Mai 2025)

- Leitfaden für ethisch nachhaltige Geldanlage in der evangelischen Kirche („EKD“),
- Orientierungshilfe der katholischen Kirche "Ethisch nachhaltig investieren" („BIKO“),
- Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens („UZ“).

Die Empfehlungen der Rahmenwerke werden vom Datenprovider ISS interpretiert und kommen in Ausschlusskriterien mit unterschiedlichen Umsatzschwellen und Ausschlusstiefen je Ausschlusskriterium bzw. Themengebiet zur Anwendung.

Für das Sondervermögen werden keine Vermögensgegenstände erworben, deren Emittenten oder Basiswerte gegen die nachfolgenden Ausschlusskriterien verstoßen:

<b>BIKO</b>	
<b>Unternehmen - Norm-Basierte-Ausschlüsse</b>	
Menschenrechte	die schwere Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte, Steuervorschriften und Verbraucherschutzvorschriften aufweisen sowie moderne Sklaverei praktizieren
Arbeitsrechte	die schwere Verstöße gegen Arbeitsrechte (Zwangsarbeit, Beschneidung von Gewerkschaftsrechten, Kinderarbeit, Diskriminierung am Arbeitsplatz) aufweisen
Umwelt	die schwere Verstöße gegen Umweltschutzvorschriften aufweisen
Geschäftsvergehen	die wettbewerbswidriges Verhalten, schwere Verstöße gegen Buchhaltungs- und Offenlegungsstandards sowie schwere Fälle von Bestechung und Geldwäsche aufweisen

Unternehmen – Branchenbezogene Ausschlüsse	
Abtreibung/Abtreibungsmittel	die Umsätze mit der Produktion von Abtreibungsmitteln generieren oder in Geschäftstätigkeiten im Zusammenhang mit Abtreibung involviert sind
Alkohol	die mehr als 5 % Umsatz mit der Produktion von hochprozentigem Alkohol und/oder mehr als 5 % Umsatz mit dem Vertrieb von Alkohol generieren
Tierversuche/ Tierwohl	die in nicht pharmazeutische Tierversuche oder Massentierhaltung involviert sind
Zivile Feuerwaffen	die mehr als 5 % Umsatz mit der Produktion und/oder dem Vertrieb von zivilen Feuerwaffen oder damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen generieren
Verhütungsmittel	die Umsätze mit der Produktion von Verhütungsmitteln generieren
Kontroverse Waffen	die Beteiligungen an Anti-Personen Minen, biologischen Waffen, chemischen Waffen, Streumunition, abgereichertem Uran, Brandwaffen, Atomwaffen oder weißem Phosphor aufweisen
Fossile Brennstoffe – Insgesamt (Overall)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die mehr als 5 % Umsatz mit der Produktion von Kohle generieren oder</li> <li>- die mehr als 50 % Umsatz mit der Produktion von Gas generieren oder</li> <li>- die mehr als 10 % Umsatz mit der Förderung von Gas generieren oder</li> <li>- die mehr als 50 % Umsatz mit der Ölproduktion generieren oder</li> <li>- die mehr als 10 % Umsatz mit der Ölförderung generieren</li> </ul>
Fossile Brennstoffe - Unkonventionelle Extraktionsmethoden	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die mehr als 10 % Umsatz mit arktischen Bohrungen generieren oder</li> <li>- die in Geschäftstätigkeiten im Zusammenhang mit hydraulischem Fracking involviert sind oder</li> <li>- die mehr als 10 % Umsatz im Zusammenhang mit hydraulischem Fracking sowie Umsatz mit Servicedienstleistungen im Zusammenhang mit hydraulischem Fracking generieren</li> <li>- die mehr als 10 % Umsatz im Zusammenhang mit Ölsande generieren</li> </ul>
Glücksspiel	die mehr als 5 % Umsatz mit der Produktion und/oder dem Vertrieb von Glücksspiel generieren
Genetisch veränderte Organismen (GMO) (agrarisches Nutzung)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die zu mindestens 10 % ihrer Geschäftstätigkeit gentechnisch veränderte Organismen nutzen oder</li> <li>- die mindestens 10 % Umsatz mit dem Vertrieb von gentechnisch veränderten Organismen generieren oder</li> <li>- die mehr als 5 % Umsatz mit der Produktion von gentechnisch veränderten Organismen generieren</li> </ul>
Gefährliche Pestizide/ Substanzen	die mehr als 5 % Umsatz mit der Produktion von Pestiziden generieren, die von der WHO als extrem oder hoch gefährlich eingestuft werden, oder die von dem Internationalen Chemikaliensekretariat (ChemSec) als Produzenten oder Importeure gefährlicher

	Substanzen gemäß des Anhangs XIV der EU-Chemikalienverordnung REACH (Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe) aufgeführt sind
Militärische Ausrüstung und Dienstleistungen	- die mehr als 5 % Umsatz mit militärischer Ausrüstung und/oder Dienstleistungen oder dem Vertrieb von militärischer Ausrüstung generieren
Kernenergie	- die Umsatz mit der Produktion von Kernenergie generieren oder - die mehr als 5 % Umsatz mit Geschäftstätigkeiten im Zusammenhang mit Kernenergie generieren oder - die Umsatz mit dem Abbau von Uran generieren oder - die mehr als 5 % Umsatz mit Servicedienstleistungen im Zusammenhang mit Kernenergie generieren
Pornografie	- die Umsatz mit der Produktion von Pornografie generieren oder - die mehr als 3 % Umsatz mit dem Vertrieb von Pornografie generieren
Stammzellenforschung	- die Forschung an menschlichen embryonalen Stammzellen (HESC) betreiben oder - die den Großteil des Umsatzes mit Forschung an menschlichen embryonalen Stammzellen generieren oder - die zur Durchführung von Forschung an menschlichen embryonalen Stammzellen beauftragt wurden oder - die Forschung zum reproduktiven Klonen beim Menschen betreiben
Tabak	die mehr als 5 % Umsatz mit der Produktion und/oder dem Vertrieb von Tabak generieren
Gewalttätige Videospiele	die mehr als 5 % Umsatz mit gewalttätigen Videospielen generieren
Cannabis	- die in die Produktion und/oder den Vertrieb von Cannabis involviert sind und die mehr als 5 % Umsatz mit Geschäftstätigkeiten im Zusammenhang mit Cannabis generieren
<b>Länder</b>	
Autoritäre Regime	die nach dem Freedom House Index als unfrei gelten
Biodiversität	die das Übereinkommen über die biologische Vielfalt nicht ratifiziert haben
Kinderarbeit	bei denen die Besorgnis auf Kinderarbeit besteht
Klimaschutz	die im Leistungsindex zum Klimawandel einen Score von kleiner 50 aufweisen, das Übereinkommen von Paris nicht ratifiziert haben oder eine sehr schlechte Bewertung (D+, D, D-) im Naturschutz oder im Materialverbrauch pro Kopf aufweisen
Kohlestromerzeugung	die mehr als 25 % ihrer Energie mit Kohle erzeugen und kein Beschluss zum Kohleausstieg und kein Moratorium für Kohlekraftwerke gefasst haben
Korruption	die im Korruptionswahrnehmungsindex einen Score von kleiner 50 aufweisen

Todesstrafe	welche die Todesstrafe anwenden und/oder nicht vollständig abgeschafft haben
Diskriminierung	bei denen berechnigte Diskriminierungssorgen bestehen
Vereinigungsfreiheit	bei denen berechnigte Sorgen um die Gewährung der Vereinigungsfreiheit bestehen
Meinungs- und Pressefreiheit	bei denen berechnigte Sorgen um die Gewährung der Meinungs- und Pressefreiheit bestehen
Menschenrechte	bei denen berechnigte Sorgen um die Einhaltung von Menschenrechten bestehen
Arbeitsrechte	bei denen berechnigte Sorgen um die Einhaltung von Arbeitsrechten bestehen
Militärbudget	deren Militärbudget als Prozentsatz des BIP größer/gleich 3 % ist
Kernenergie	die mehr als 10 % ihrer Primärenergieversorgung mit Kernenergie abdecken und kein Moratorium auf den Bau von Atomanlagen und keine Entscheidung zur Aufgabe von Atomanlagen getroffen haben
Atomwaffen	die Atomwaffen besitzen und den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen nicht unterzeichnet haben
Walfang	die kommerziellen Walfang erlauben

<b>EKD</b>	
<b>Unternehmen - Norm-Basierte-Ausschlüsse</b>	
Menschenrechte	die schwere Verstöße gegen den UN Global Compact, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte aufweisen
Arbeitsrechte	
Umwelt	
Geschäftsvergehen	
<b>Unternehmen – Branchenbezogene Ausschlüsse</b>	
Alkohol	die mehr als 5 % Umsatz mit der Produktion von hochprozentigem Alkohol generieren
Kontroverse Waffen	die Beteiligungen an Anti-Personen Minen, biologischen Waffen, chemischen Waffen, Streumunition, Brandwaffen oder Atomwaffen aufweisen
Fossile Brennstoffe – Insgesamt (Overall)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die mehr als 5 % Umsatz mit dem Abbau von Kohle generieren oder</li> <li>- deren Anteil an der weltweiten Kohleproduktion mehr als 1 % beträgt oder</li> <li>- die sich unter den Top 100 Kohleproduzenten befinden</li> </ul>
Fossile Brennstoffe - Unkonventionelle Extraktionsmethoden	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die mehr als 5 % Umsatz mit arktischen Bohrungen generieren oder</li> <li>- die in der Produktion von hydraulischem Fracking involviert sind und mehr als 5 % Umsatz im Zusammenhang mit hydraulischem Fracking generieren</li> <li>- die in Geschäftstätigkeiten im Zusammenhang mit Tiefseeborungen involviert sind oder</li> <li>- die in die Produktion von Schieferöl und Schiefergas involviert sind oder</li> <li>- die in Geschäftstätigkeiten im Zusammenhang mit Schieferöl involviert sind oder</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die mehr als 5 % Umsatz mit der Exploration von Ölsande generieren oder</li> <li>- die mehr als 5 % Umsatz mit der Produktion von Ölsande generieren</li> </ul>
Glücksspiel	die mehr als 5 % Umsatz mit der Produktion von Glücksspiel generieren
Genetisch veränderte Organismen (GMO) (agrarisches Nutzung)	die mehr als 5 % Umsatz mit der Produktion von gentechnisch veränderten Organismen generieren
Militärische Ausrüstung und Dienstleistungen	die mehr als 5 % Umsatz mit der Produktion und/oder dem Vertrieb militärischer Ausrüstung und Dienstleistungen generieren
Kernenergie	die mehr als 5 % Umsatz mit der Produktion von Kernenergie generieren
Pornografie	die mehr als 5 % Umsatz mit der Produktion von Pornografie generieren
Tabak	die mehr als 5 % Umsatz mit der Produktion von Tabak generieren
Gewalttätige Videospiele	die mehr als 5 % Umsatz mit gewalttätigen Videospielen generieren
Cannabis	die Umsatz mit der Produktion von Cannabis generieren und mehr als 5 % Umsatz mit Geschäftstätigkeiten im Zusammenhang mit Cannabis generieren
<b>Länder</b>	
Autoritäre Regime	die nach dem Freedom House Index als unfrei gelten
Klimaschutz	die das Übereinkommen von Paris nicht ratifiziert
Korruption	die im Korruptionswahrnehmungsindex einen Score von kleiner 40 aufweisen
Todesstrafe	welche die Todesstrafe anwenden
Globaler Friedensindex (Global Peace Index)	die einen sehr niedrigen globalen Friedensindexwert aufweisen
Geldwäsche	bei denen berechnete Sorgen um Hinblick auf Geldwäsche bestehen
EU Liste für nicht kooperative Gerichtsbarkeiten	die in der EU-Liste für nicht kooperative Gerichtsbarkeiten gelistet sind
FATF (Financial Action Task Force)	die auf der FATF-Negativliste (Länder mit strategischen Defiziten zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Finanzierung von Massenvernichtungswaffen) gelistet sind

<b>UZ</b>	
<b>Unternehmen - Norm-Basierte-Ausschlüsse</b>	
Menschenrechte	die schwere Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte und Verbraucherschutzvorschriften aufweisen sowie moderne Sklaverei betreiben oder Widerstand gegen die Tabakkontrolle leisten
Arbeitsrechte	die schwere Verstöße gegen Arbeitsrechte (Zwangsarbeit, Beschneidung von Gewerkschaftsrechten, Kinderarbeit, Diskriminierung am Arbeitsplatz) aufweisen



Umwelt	die schwere Verstöße gegen Umweltschutzvorschriften aufweisen
Geschäftsvergehen	die schwere Verstöße gegen Buchhaltungs- und Offenlegungsstandards sowie schwere Fälle von Bestechung und Geldwäsche aufweisen
<b>Unternehmen – Branchenbezogene Ausschlüsse</b>	
Kontroverse Waffen	die Beteiligungen an Anti-Personen Minen, biologischen Waffen, chemischen Waffen, Streumunition, abgereichertes Uran, Brandwaffen, Atomwaffen oder weißem Phosphor aufweisen
Fossile Brennstoffe – Insgesamt (Overall)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die mehr als 30 % Umsatz mit Servicedienstleistungen im Zusammenhang mit fossilen Brennstoffen generieren oder</li> <li>- die mehr als 5 % Umsatz mit Geschäftsaktivitäten im Zusammenhang mit fossilen Energieträgern generieren und in den Abbau, die Produktion und/oder den Vertrieb von fossilen Energieträgern involviert sind</li> </ul>
Genetisch veränderte Organismen (GMO) (agrarische Nutzung)	die mehr als 5 % Umsatz mit der Produktion von gentechnisch veränderten Organismen generieren
Militärische Ausrüstung und Dienstleistungen	die mehr als 5 % Umsatz mit der Produktion und Servicedienstleistungen mit militärischer Ausrüstung und Umsatz mit der Produktion von militärischer Ausrüstung generieren
Kernenergie	die mehr als 5 % Umsatz mit Geschäftsaktivitäten im Zusammenhang mit Kernenergie generieren
Stammzellenforschung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die Forschung an menschlichen embryonalen Stammzellen (HESC) betreiben oder</li> <li>- die den Großteil des Umsatzes mit Forschung an menschlichen embryonalen Stammzellen generieren oder</li> <li>- die zur Durchführung von Forschung an menschlichen embryonalen Stammzellen beauftragt wurden oder</li> <li>- die Forschung an menschlichem fetalem Gewebe betreiben</li> </ul>
Tabak	die mehr als 5 % Umsatz mit der Produktion oder dem Vertrieb von Tabak generieren
<b>Länder</b>	
Autoritäre Regime	die nach dem Freedom House Index als unfrei gelten
Biodiversität	die das Übereinkommen über die biologische Vielfalt nicht ratifiziert haben
Klimaschutz	<ul style="list-style-type: none"> <li>-die das Übereinkommen von Paris nicht ratifiziert haben oder</li> <li>-die hinsichtlich der Treibhausgasemissionen pro Einwohner niedrig bewertet wurden</li> </ul>
Todesstrafe	welche die Todesstrafe anwenden
Militärbudget	deren Militärbudget als Prozentsatz des BIP größer/gleich 4 % ist



Kernenergie	die mehr als 40 % ihrer Primärenergieversorgung mit Kernenergie abdecken und Atomanlagen im Bau oder in Planung haben
EU Liste für nicht cooperative Gerichtsbarkeiten	die in der EU-Liste für nicht kooperative Gerichtsbarkeiten gelistet sind
Korruption	die im Korruptionswahrnehmungsindex einen Score von kleiner 30 aufweisen
FATF (Financial Action Task Force)	die auf der FATF-Negativliste (Länder mit strategischen Defiziten zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Finanzierung von Massenvernichtungswaffen) gelistet sind
Korruption	die im Korruptionswahrnehmungsindex einen Score von kleiner 30 aufweisen

Darüber hinaus werden für das Sondervermögen keine Vermögensgegenstände erworben, deren Emittenten oder Basiswerte

- mehr als 5 % ihres Umsatzes mit der Herstellung und/ oder dem Vertrieb von Rüstungsgütern generieren.
- Umsatz aus der Herstellung und/oder dem Vertrieb von Waffen nach dem Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung („Ottawa-Konvention“), dem Übereinkommen über das Verbot von Streumunition („Oslo-Konvention“) sowie B- und C-Waffen nach den jeweiligen UN-Konventionen (UN BWC und UN CWC) generieren.
- mehr als 5 % ihres Umsatzes mit der Herstellung von Tabakprodukten generieren.
- mehr als 10 % Umsatz mit der Stromerzeugung aus Kohle generieren.
- mehr als 10 % Umsatz mit der Stromerzeugung aus Erdöl generieren.
- mehr als 5 % Umsatz mit Atomstrom generieren.
- mehr als 5 % ihres Umsatzes mit dem Abbau und/oder Vertrieb von Kraftwerkskohle generieren.
- in schwerer Weise und nach Auffassung des Fondsmanagements ohne Aussicht auf Besserung gegen die 10 Prinzipien des UN Global Compact-Netzwerkes oder gegen die OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen verstoßen.

Von einer solchen Aussicht auf Besserung kann ausgegangen werden, sofern der Fondsmanager und/oder die Gesellschaft vor dem Erwerb bzw. bei einer Verschlechterung der Bewertung für bereits im Portfolio befindliche Titel mit dem Emittenten in Dialog getreten sind und auf Verbesserung hinwirken, so dass die Gesellschaft und der Fondsmanager ihre Auffassung ändern und nunmehr von einer Aussicht auf Besserung ausgehen dürfen. Der Titel bleibt in diesem Fall erwerbbar.

Titel mit einem ESG-Rating von Prime-1, die schwere Verstöße gegen die 10 Prinzipien des UN Global Compact-Netzwerkes oder gegen die OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen mit Aussicht auf Besserung (z. Bsp. wegen Engagements) aufweisen, bleiben erwerbbar und sind im Rahmen der oben genannten 80 %-Quote zu berücksichtigen.

- mehr als 5 % ihres Umsatzes mit hydraulischem Fracking generieren.
- mehr als 5 % ihres Umsatzes mit der Produktion von Ölsanden generieren.
- mehr als 5 % ihres Umsatzes mit Dienstleistungen im Bereich von Ölsanden generieren.
- mehr als 5 % ihres Umsatzes mit der Förderung von Uran generieren.
- mehr als 5 % ihres Umsatzes mit Dienstleistungen im Bereich atomarer Stromerzeugung generieren.
- mehr als 5 % ihres Umsatzes mit der Produktion und dem Vertrieb von zivilen Feuerwaffen generieren.

Ferner werden keine Anleihen von Staaten erworben,

- die nach dem Freedom House Index als „unfrei“ klassifiziert werden.
- die das Abkommen von Paris nicht ratifiziert haben.
- die das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (UN-Biodiversitätskonvention) nicht ratifiziert haben.
- die den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen nicht unterzeichnet haben.
- die einen Korruptionswahrnehmungsindex (Corruption Perception Index) kleiner als 40 aufweisen (Skala von 0 bis 100).

Die Einzelheiten und deren Funktionsweise sind dem Verkaufsprospekt und den nachhaltigkeitsbezogenen Offenlegungen zu entnehmen.

6. Die Gesellschaft muss mindestens 50 % des Wertes des Sondervermögens in Vermögensgegenstände gemäß § 1 Nr. 1, 2 und 5 investieren, die sich als nachhaltige Investition gem. Art. 2 Nr. 17 Verordnung (EU) 2019/2088 klassifizieren.

Im Sinne dieses Sondervermögens gilt eine Investition dann als nachhaltige Investition gem. Art. 2 Nr. 17 Verordnung (EU) 2019/2088, wenn sie auf eine wirtschaftliche Tätigkeit ausgerichtet ist, die zur Erreichung der Ziele der Erhaltung der Umwelt und / oder der Erreichung der sozialeren Gestaltung der Gesellschaft beitragen.

Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die nachhaltigen Investitionen auf wirtschaftliche Tätigkeiten ihrerseits darauf ausgerichtet sind, zu der Erfüllung mindestens eines der 17 Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen („SDG“) beizutragen.

Die Einzelheiten und deren Funktionsweise sind dem Verkaufsprospekt und den nachhaltigkeitsbezogenen Offenlegungen zu entnehmen.

7. Die gute Unternehmensführung („Governance“) wird insbesondere dadurch sichergestellt, dass keine Vermögensgegenstände von Unternehmen erworben werden, die ohne Aussicht auf Besserung gegen die 10 Prinzipien des UN Global Compact-Netzwerkes, gegen die ILO-Kernarbeitsnormen oder gegen die OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen verstoßen.

Die Einzelheiten und deren Funktionsweise sind dem Verkaufsprospekt und den nachhaltigkeitsbezogenen Offenlegungen zu entnehmen.

## ANTEILKLASSEN

### § 4 Anteilklassen

1. Für das OGAW-Sondervermögen können Anteilklassen im Sinne von § 16 Absatz 3 der AAB gebildet werden, die sich hinsichtlich der Ertragsverwendung, des Ausgabeaufschlags, der Währung des Anteilwertes einschließlich des Einsatzes von Währungssicherungsgeschäften, der Verwaltungsvergütung, der Mindestanlagesumme oder einer Kombination dieser Merkmale unterscheiden.

Für das Sondervermögen kann die folgende Anteilklasse im Sinne von § 16 Absatz 3 der AAB gebildet werden, die sich hinsichtlich der Anleger, die Anteile erwerben und halten dürfen, unterscheidet: **Aramea Rendite Plus Nachhaltig SBA** („Anteilklasse SBA“). Die Bildung von Anteilklassen ist jederzeit zulässig und liegt im Ermessen der Gesellschaft.

2. Der Erwerb von Vermögensgegenständen ist nur einheitlich für das ganze OGAW-Sondervermögen und nicht für eine einzelne Anteilklasse oder eine Gruppe von Anteilklassen zulässig.
3. Der Abschluss von Währungskurssicherungsgeschäften ausschließlich zugunsten einer einzigen Währungsanteilklasse ist zulässig. Für Währungsanteilklassen mit einer Währungsabsicherung zugunsten der Währung dieser Anteilklasse (Referenzwährung) darf die Gesellschaft auch unabhängig von § 9 der AAB Derivate im Sinne des § 197 Absatz 1 KAGB auf Wechselkurse oder Währungen mit dem Ziel einsetzen, Anteilwertverluste durch Wechselkursverluste von nicht auf die Referenzwährung der Anteilklasse lautenden Vermögensgegenständen des OGAW-Sondervermögens zu vermeiden.
4. Der Anteilwert wird für jede Anteilklasse gesondert errechnet, indem die Kosten der Auflegung neuer Anteilklassen, die Ausschüttungen (einschließlich der aus dem Fondsvermögen ggf. abzuführenden Steuern), die Verwaltungsvergütung und die Ergebnisse aus Währungskurssicherungsgeschäften, die auf eine bestimmte Anteilklasse entfallen, ggf. einschließlich Ertragsausgleich, ausschließlich dieser Anteilklasse zugeordnet werden.
5. Die bestehenden Anteilklassen werden sowohl im Verkaufsprospekt als auch im Jahres- und Halbjahresbericht einzeln aufgezählt. Die die Anteilklassen kennzeichnenden Ausgestaltungsmerkmale (Ertragsverwendung, Ausgabeaufschlag, Währung des Anteilwertes, Verwaltungsvergütung, Mindestanlagesumme oder Kombination dieser Merkmale) werden im Verkaufsprospekt und im Jahres- und Halbjahresbericht im Einzelnen beschrieben.

## ANTEILE, AUSGABEPREIS, RÜCKNAHMEPREIS, RÜCKNAHME VON ANTEILEN UND KOSTEN

### § 5 Anteile

1. Die Anleger sind an den jeweiligen Vermögensgegenständen des OGAW-Sondervermögens in Höhe ihrer Anteile als Miteigentümer nach Bruchteilen beteiligt.
2. Anteile an der Anteilklasse SBA dürfen nur erworben und gehalten werden von

- inländischen Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen, die nach der Satzung, dem Stiftungsgeschäft oder der sonstigen Verfassung und nach der tatsächlichen Geschäftsführung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken im Sinne der §§ 51 bis 68 der Abgabenordnung dienen und die die Anteile nicht in einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb halten;
- inländischen Stiftungen des öffentlichen Rechts, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen;
- inländischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die ausschließlich und unmittelbar kirchlichen Zwecken dienen, sowie
- den vorstehenden drei Spiegelstrichen vergleichbaren ausländischen Anlegern mit Sitz und Geschäftsleitung in einem Amts- und Beitreibungshilfe leistenden ausländischen Staat.

Zum Nachweis der vorgenannten Voraussetzungen hat der Anleger der Gesellschaft eine gültige Bescheinigung nach § 9 Absatz 1 Nr. 1 oder 2 Investmentsteuergesetz zu übermitteln. Fallen bei einem Anleger die vorgenannten Voraussetzungen weg, so ist er verpflichtet, dies der Gesellschaft innerhalb eines Monats nach dem Wegfall mitzuteilen. Steuerliche Befreiungsbeträge, die die Gesellschaft im Zusammenhang mit der Verwaltung des Sondervermögens erhält und die auf Erträge der Anteilklasse SBA entfallen, sind grundsätzlich den Anlegern der Anteilklasse SBA auszuführen. Abweichend hiervon ist die Gesellschaft berechtigt, die Befreiungsbeträge unmittelbar dem Sondervermögen zugunsten der Anleger der Anteilklasse SBA zuzuführen; aufgrund dieser Zuführung werden keine neuen Anteile ausgegeben. Das verwendete Verfahren wird im Verkaufsprospekt erläutert.

3. Abweichend von § 16 Absatz 2 Satz 3 der AAB dürfen die Anteile der Anteilklasse SBA nicht übertragen werden. Überträgt ein Anleger dennoch Anteile, so ist er verpflichtet, dies der Gesellschaft innerhalb eines Monats nach dem Übertrag mitzuteilen. Das Recht zur Rückgabe der Anteile nur an die Gesellschaft für Rechnung des Sondervermögens gemäß § 17 Absatz 3 der AAB bleibt unberührt.

## **§ 6 Ausgabe- und Rücknahmepreis**

1. Der Ausgabeaufschlag beträgt bei jeder Anteilklasse 5 % des Anteilwertes. Es steht der Gesellschaft frei, einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen.
2. Ein Rücknahmeabschlag wird nicht erhoben.

## **§ 7 Kosten**

1. Vergütung, die an die Gesellschaft zu zahlen ist:

Die Gesellschaft erhält für die Verwaltung des Sondervermögens eine Verwaltungsvergütung in Höhe von bis zu 1,25 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in einem Geschäftsjahr, welcher aus den börsentäglich ermittelten Nettoinventarwerten errechnet wird. Sie ist berechtigt, hierauf monatlich anteilige Vorschüsse zu erheben. Die Gesellschaft gibt für jede Anteilklasse im Verkaufsprospekt die tatsächlich erhobene Verwaltungsvergütung an.

2. Vergütungen, die an Dritte zu zahlen sind (diese werden von der Verwaltungsvergütung nicht abgedeckt und somit von der Gesellschaft dem Sondervermögen zusätzlich belastet):
  - a) Die Gesellschaft zahlt aus dem Sondervermögen für die Marktrisiko- und Liquiditätsmessung gemäß DerivateV durch Dritte eine Vergütung bis zur Höhe von 0,1 % des durchschnittlichen

Nettoinventarwertes des Sondervermögens in einem Geschäftsjahr, welcher aus den börsentäglich ermittelten Nettoinventarwerten errechnet wird.

- b) Die Gesellschaft zahlt aus dem Sondervermögen für das Rating der Vermögensgegenstände durch Dritte eine Vergütung bis zur Höhe von 0,1 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in einem Geschäftsjahr, welcher aus den börsentäglich ermittelten Nettoinventarwerten errechnet wird.
- c) Die Gesellschaft zahlt aus dem Sondervermögen für die Informationsbeschaffung durch Dritte im Zusammenhang mit der Bewertung von Vermögensgegenständen eine Vergütung bis zur Höhe von 0,1 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in einem Geschäftsjahr, welcher aus den börsentäglich ermittelten Nettoinventarwerten errechnet wird.
- d) Die Gesellschaft zahlt je Anteilklasse aus dem Sondervermögen für Kosten gesetzlich vorgeschriebener Repräsentanten und steuerlicher Vertreter durch Dritte eine Vergütung bis zur Höhe von 0,1 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in einem Geschäftsjahr, welcher aus den börsentäglich ermittelten Nettoinventarwerten errechnet wird.

### 3. Verwahrstellenvergütung

Die Verwahrstelle erhält eine Vergütung von bis zu 0,05 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in einem Geschäftsjahr, welcher aus den börsentäglich ermittelten Nettoinventarwerten errechnet wird. Sie ist berechtigt, hierauf monatlich anteilige Vorschüsse zu erheben.

### 4. Zulässiger Höchstbetrag gemäß Absätzen 1 bis 3 sowie Abs. 5 lit. m)

Der Betrag, der aus dem Sondervermögen nach den vorstehenden Absätzen 1 bis 3 als Vergütung sowie nach Abs. 5 lit m) als Aufwendungsersatz entnommen wird, kann insgesamt bis zu 1,8 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in einem Geschäftsjahr, welcher aus den börsentäglich ermittelten Nettoinventarwerten errechnet wird, betragen.

### 5. Neben den vorgenannten Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zu Lasten des Sondervermögens:

- a) bankübliche Depot- und Kontogebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Vermögensgegenstände im Ausland;
- b) Kosten für den Druck und Versand der für die Anleger bestimmten gesetzlich vorgeschriebenen Verkaufsunterlagen (Jahres- und Halbjahresberichte, Verkaufsprospekt, Basisinformationsblatt (PRIIPS));
- c) Kosten der Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und ggf. der Ausschüttungen oder Thesaurierungen und des Auflösungsberichtes;
- d) Kosten der Erstellung und Verwendung eines vertraglich oder gesetzlich vorgesehenen dauerhaften Datenträgers, außer im Fall der Informationen über Fondsverschmelzungen und der Informationen über Maßnahmen im Zusammenhang mit Anlagegrenzverletzungen oder Berechnungsfehlern bei der Anteilwertermittlung;
- e) Kosten für die Prüfung des Sondervermögens durch den Abschlussprüfer des Sondervermögens;

- f) Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden;
  - g) Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen durch die Gesellschaft für Rechnung des Sondervermögens sowie der Abwehr von gegen die Gesellschaft zu Lasten des Sondervermögens erhobenen Ansprüchen;
  - h) Gebühren und Kosten, die von staatlichen Stellen in Bezug auf das Sondervermögen erhoben werden;
  - i) Kosten für Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf das Sondervermögen;
  - j) Kosten sowie jegliche Entgelte, die mit dem Erwerb und/oder der Verwendung bzw. Nennung eines Vergleichsmaßstabes oder Finanzindizes anfallen können;
  - k) Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtsbevollmächtigten;
  - l) Kosten für die Analyse des Anlageerfolges des Sondervermögens durch Dritte;
  - m) Kosten für die Bereitstellung von Analysematerial oder -dienstleistungen durch Dritte in Bezug auf ein oder mehrere Finanzinstrumente oder sonstige Vermögenswerte oder in Bezug auf die Emittenten oder potenziellen Emittenten von Finanzinstrumenten oder in engem Zusammenhang mit einer bestimmten Branche oder einen bestimmten Markt bis zu einer Höhe von 0,1 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in einem Geschäftsjahr, welcher aus den börsentäglich ermittelten Nettoinventarwerten errechnet wird;
  - n) Kosten, die anfallen im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen (Transaktionskosten);
  - o) Steuern, insbesondere Umsatzsteuer, die anfallen im Zusammenhang mit den vorstehend in Buchstaben a) bis n) genannten und vom Sondervermögen zu ersetzenden Aufwendungen.
6. Erfolgsabhängige Vergütung

a) Definition der erfolgsabhängigen Vergütung

Die Gesellschaft kann für die Verwaltung des Sondervermögens zusätzlich zu der Vergütung gem. Abs. 1 je ausgegebenen Anteil eine erfolgsabhängige Vergütung in Höhe von bis zu 15 % (Höchstbetrag) des Betrages erhalten, um den die Anteilswertentwicklung am Ende einer Abrechnungsperiode den Ertrag aus einer als Vergleichsmaßstab herangezogenen Geldmarktanlage in dieser Abrechnungsperiode um die Entwicklung des 3-Monats-Euribor zuzüglich 300 Basispunkte („Hurdle Rate“) übersteigt, jedoch höchstens bis zu 10 % des durchschnittlichen Nettoinventarwertes des Sondervermögens in einem Geschäftsjahr, welcher aus den börsentäglich ermittelten Nettoinventarwerten errechnet wird. Ist der Anteilwert zu Beginn der Abrechnungsperiode niedriger als der Höchststand des Anteilwertes des Sondervermögens, der am Ende der fünf vorangegangenen Abrechnungsperioden erzielt wurde (nachfolgend „High Water Mark“), so tritt zwecks Berechnung der Anteilswertentwicklung nach Satz 1 die High Water Mark an die Stelle des Anteilswerts zu Beginn der Abrechnungsperiode. Existieren für das Sondervermögen weniger als fünf vorangegangene Abrechnungsperioden, so werden bei der Berechnung des Vergütungsanspruchs alle vorangegangenen Abrechnungsperioden berücksichtigt.

Die dem Sondervermögen belasteten Kosten dürfen vor dem Vergleich nicht von der Entwicklung des Vergleichsmaßstabs abgezogen werden

Als Vergleichsmaßstab wird der 3-Monats-Euribor in der jeweils gültigen Fassung festgelegt. Falls der Vergleichsmaßstab entfallen sollte, wird die Gesellschaft einen angemessenen anderen Vergleichsmaßstab festlegen, der an die Stelle des 3-Monats-Euribor tritt.

b) Definition der Abrechnungsperiode

Die Abrechnungsperiode beginnt am 1.08. und endet am 31.07. eines Kalenderjahres. Die erste Abrechnungsperiode beginnt mit Auflegung des Sondervermögens und endet erst am zweiten 31.07., der der Auflegung folgt.

Die Auszahlung der erfolgsabhängigen Vergütung erfolgt jeweils nach Ende der Abrechnungsperiode.

c) Berechnung der Anteilwertentwicklung

Die Anteilwertentwicklung ist nach der BVI-Methode zu berechnen. Nähere Erläuterungen finden sich beim BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V. ([www.bvi.de/service/Publikationen/](http://www.bvi.de/service/Publikationen/)).

d) Rückstellung

Entsprechend dem Ergebnis einer täglichen Berechnung wird eine rechnerisch angefallene erfolgsabhängige Vergütung im Sondervermögen je ausgegebenen Anteil zurückgestellt oder eine bereits gebuchte Rückstellung entsprechend aufgelöst. Aufgelöste Rückstellungen fallen dem Sondervermögen zu. Eine erfolgsabhängige Vergütung kann nur entnommen werden, soweit entsprechende Rückstellungen gebildet wurden.

7. Erwerb von Investmentanteilen

Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht den Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge offen zu legen, die dem Sondervermögen im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rücknahme von Anteilen im Sinne des § 196 KAGB berechnet worden sind. Beim Erwerb von Anteilen, die direkt oder indirekt von der Gesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, darf die Gesellschaft oder die andere Gesellschaft für den Erwerb und die Rücknahme keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge berechnen. Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht die Vergütung offen zu legen, die dem Sondervermögen von der Gesellschaft selbst, von einer anderen Kapitalverwaltungsgesellschaft oder einer anderen Gesellschaft, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, als Verwaltungsvergütung für die im Sondervermögen gehaltenen Anteile berechnet wurde.

## ERTRAGSVERWENDUNG UND GESCHÄFTSJAHR

### § 8 Ausschüttung

1. Für die ausschüttenden Anteilklassen schüttet die Gesellschaft grundsätzlich die während des Geschäftsjahres für Rechnung des OGAW-Sondervermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten anteiligen Zinsen und sonstigen Erträge - unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs - aus. Realisierte Veräußerungsgewinne - unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs - können anteilig ebenfalls zur Ausschüttung herangezogen werden.



2. Ausschüttbare anteilige Erträge gemäß Absatz 1 können zur Ausschüttung in späteren Geschäftsjahren insoweit vorgetragen werden, als die Summe der vorgetragenen Erträge 15 % des jeweiligen Wertes des OGAW-Sondervermögens zum Ende des Geschäftsjahres nicht übersteigt. Erträge aus Rumpfgeschäftsjahren können vollständig vorgetragen werden.
3. Im Interesse der Substanzerhaltung können Erträge teilweise, in Sonderfällen auch vollständig zur Wiederanlage im OGAW-Sondervermögen bestimmt werden.
4. Die Ausschüttung erfolgt jährlich innerhalb von vier Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres.
5. Zusätzlich zu der Ausschüttung nach Absatz 4 kann eine Zwischenausschüttung jeweils innerhalb von vier Monaten nach Schluss des Geschäftshalbjahres erfolgen. Die Zwischenausschüttung bezieht sich nur auf die ordentlichen Erträge. Veräußerungsgewinne und sonstige Erträge können bei einer Zwischenausschüttung nicht zur Ausschüttung herangezogen werden. Die Höhe der Ausschüttung liegt im Ermessen der Gesellschaft. Sie ist nicht verpflichtet, die gesamten bis zum Zeitpunkt einer Zwischenausschüttung angesammelten ordentlichen Erträge auszuschütten, sondern sie kann die ordentlichen Erträge auch bis zur nächsten Zwischenausschüttung vortragen.

## **§ 9 Thesaurierung**

Für die thesaurierenden Anteilklassen legt die Gesellschaft die während des Geschäftsjahres für Rechnung des OGAW-Sondervermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen und sonstigen Erträge – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – sowie die realisierten Veräußerungsgewinne der thesaurierenden Anteilklassen im OGAW-Sondervermögen anteilig wieder an.

## **§ 10 Geschäftsjahr**

Das Geschäftsjahr des OGAW-Sondervermögens beginnt am 1. August.